Halbe. Besteht die Familie aus mindestens sechs Personen, so ermäßigt sich die Steuer bei einem Gesamteinkommen bis A 5000 um die Hälfte, bei einem Gesamteinkommen bis A 2500 um drei Viertel. Zur Familie im Sinne dieser Vorschrift gehören ausser dem Steuerpflichtigen und seinem Ehegatten die von dem Steuerpflichtigen auf Grund einer für ihn oder seinen Ehegatten bestehenden gesetzlichen Unterhaltspflicht unterhaltenen Verwandten in gerader Linie, sowie diejenigen sonstigen Angehörigen des Steuerpflichtigen oder seines Ehegatten, welche in dem Haushalt des Steuerpflichtigen von diesem unterhalten werden und ausserstande sind, sich selbst zu unterhalten.

K. Wanderlagersteuer. Auszug aus dem Gesetze, betr. Besteuerung des Wanderlagerbetriebes vom 17. November 1902:

§ 1. Wer ausserhalb seines Wohnortes und ohne Begründung einer gewöhnlichen Niederlassung die Waren eines Wanderlagers von einer festen Verkaufsstätte aus — gleichviel ob zum Verkauf aus freier Hand oder im Wege der Versteigerung — im Einzelhandel feilbietet, hat die im § 4 des Gesetzes festgesetzte Steuer zu entrichten. Diese Verpflichtung besteht für den Inhaber des Wanderlagers auch dann, wenn in seinem Auftrag und für seine Rechnung ein am Orte des Verkaufes ansässiger Auktionator oder sonstiger Verkäufer die Waren des Wanderlagers im eigenen Namen feilbietet.

Durch die Verlegung des Wohnsitzes an den Betriebsort oder durch Anmeldung des Betriebes als eines stehenden Gewerbes wird der Inhaber eines Wanderlagers von der Entrichtung der Steuer nicht befreit, wenn die begleitenden Umstände erkennen lassen, dass die Verlegung des Wohnsitzes oder die Anmeldung des Gewerbes zur Verdeckung des Wanderlagerbetriebes erfolgt sind.

§ 4. Die Steuer beträgt für jede angefangene Woche des Wanderlagerbetriebes A 50. Dauert der Betrieb länger als zwei Wochen, so erhöht sich die Steuer für jede angefangene weitere Woche um A 10. Die erste Woche des Geschäftsbetriebes wird vom Beginn des Kalenderjahres, an welchem der Betrieb eröffnet ist, berechnet. Erfolgt das Feilbieten von Waren in der Form der Versteigerung, so wird die Steuer von A 50 für jeden angefangenen Kalendertag erhoben. Wenn die Versteigerung länger als zwei Tage dauert, so erhöht sich die Steuer für jeden weiteren angefangenen Kalendertag um A 10.

F. Erbschaftsteuer. Durch das am 29. Juni 1906 publizierte Ausführungsgesetz zum Reichserbschaftsteuergesetz vom 3. Juni 1906 war mit dem Inkrafttreten des letzteren das hamburgische Erbschaftsamt am 1. Juli 1906 aufgehoben.

Das an seine Stelle für das hamburgische Staatsgebiet getretene Erbschaftssteueramt ist mit dem 1. Januar 1914 der Steuerdeputation als Abteilung einverleibt worden.

Ausser den aus dem Reichserbschaftsteuergesetz sich ergebenden Geschäften liegen dieser Abteilung die früher von dem Erbschaftsamt zu erledigenden Geschäfte ob, mit Ausnahme der Entscheidungen über Reklamationen und Beschwerden gegen Steuerbescheide.

Durch das Landeserbschaftsteuergesetz vom 22. März 1911 ist angeordnet, dass die Steuerpflicht für Ererbe, die vor dem 1. April 1911 begründet worden sind, sich nach den bisherigen Gesetzen bestimmen, dass aber das Landeserbschaftsteuergesetz vom 2. März 1903 im übrigen aufgehoben sein solle. An dessen Stelle ist mit dem 1. April 1911 ein Gesetz getreten, welches für die Besteuerung der Ererbe von ehelichen Abkömmlingen und solchen Kindern, denen die rechtliche Stellung ehelicher Kinder, sowie von unehelichen Kindern und deren Abkömmlingen aus dem Vermögen der Mutter und deren Voreltern, den Vorschriften des Reichserbschaftsteuergesetzes vom 3. Juni 1906 möglichst nachgebildet worden ist.

Pflichtteile sollen wie bisher nur steuerpflichtig sein, wenn und soweit sie in Anspruch genommen werden. Die Steuersätze sind dieselben, wie in dem Gesetz vom 2. März 1903. Ebenso ist die Stafflung dieselbe geblieben.

Ein Erwerb, dessen Betrag den Wert von Mk. 15000 nicht übersteigt, bleibt steuerfrei. Ausserdem ist ein Erwerb befreit, soweit er aus Kleidungsstücken, Betten, Wäsche, Hausrat und Küchengerät besteht, sofern diese Gegenstände nicht zum Gewerbebetriebe oder zum Verkauf bestimmt waren. Auch hinsichtlich der Schenkungen unter Lebenden ist eine Änderung gegenüber dem Gesetze vom 2. März 1903 nicht eingetreten. Im allgemeinen sollen die Vorschriften des Reichserbschaftsteuergesetzes mit Ausnahme der §§ 35 und 62 sinngemässe Anwendung finden.

§ 13 des neuen Gesetzes macht von der Ermächtigung des § 58 des Reichserbschaftsteuergesetzes Gebrauch und ordnet landesgesetzliche Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer an.

Durch weitere Gesetze vom 23. Juni 1911 u. 3. Dezember 1913 sind diese Zuschläge verändert worden.

Über Reklamationen und Beschwerden entscheidet die Steuerdeputation und Oberbehörde für die Erbschaftsteuer.

Gegen die Entscheidungen über Beschwerden ist das Rechtsmittel der weiteren Beschwerde an den Senat zulässig.

Diese Oberbehörde musste auf Grund des § 34 Abs. 2 des Reichserbschaftsteuergesetzes errichtet werden.

Der Oberbehörde liegt die Nachprüfung aller bei dem Erbschaftssteueramt erwachsenen Akten ob, in denen Landes- und/oder Reichserbschaftsteuer erhoben, oder zu erheben ist. Die Revision soll feststellen, dass die Vorschriften der Erbschaftsteuergesetze und die vom Bundesrat, sowie vom Senate erlassenen Ausführungsbestimmungen zu denselben und endlich die von Bundesrat erlassenen Vorschriften bezüglich der statistischen Anschreibungen genau befolgt worden sind. Ausserdem unterliegen die erwachsenen Listen und die zu führenden Bücher des Erbschaftssteueramts der Revision der Oberbehörde.

Was das Reichserbschaftsteuergesetz anbelangt, so behandeln dessen §§ 1—4 den Gegenstand, die §§ 5—9 die räumliche Herrschaft desselben und § 10 die Sätze der Reichserbschaftsteuer.

Die §§ 11—15 handeln von Steuerbefreiungen und Steuerermässigungen. Nach den §§ 16 und 17 haften für die Steuer ausser den Bedachten auch die Erben bzw. Miterben und zwar als Gesamtschuldner. Ausserdem aber haften auch persönlich die gesetzlichen Vertreter sowie die Bevollmächtigten der Steuerpflichtigen, ferner Testamentsvollstrecker, Nachlasspfleger und Verwalter von Familienstiftungen.

Personen, in deren Gewahrsam sich Vermögensteile von nicht deutschen Erblässern befinden, deren Nachlässe auf Grund des § 6 des Reichserbschaftsteuergesetzes ganz oder teilweise zur Reichserbschaftsteuer herangezogen werden, sind ebenfalls persönlich haftbar, wenn sie derartige, von ihnen verwaltete Nachlässe vor Berichtigung oder Sicherstellung der darauf entfallenden Erbschaftsteuer ausantworten.

Nach den §§ 36 und 38 des Gesetzes hat jeder Steuerpflichtige, bezw. für die Steuer Haftbare, binnen 3 Monaten nach erlangter Kenntnis von dem Anfall einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses dem Erwerb dem zuständigen Steueramt schriftlich anzuzeigen, sofern nicht ein in Deutschland eröffnetes Testament des betreffenden Erblässers vorliegt.

Beim Vorhandensein mehrerer zur Anzeige Verpflichteter ist es nach § 39 genügend, wenn einer derselben die Anmeldung erstattet. Voraussetzung ist aber, dass aus dieser Anmeldung auch der den übrigen Verpflichteten angefallene Erwerb erkennbar ist.

Jeder, dem ein Erwerb von Todeswegen anfallt, ist nach § 42 zur Erteilung der von dem Erbschaftssteueramt geforderten Auskunft über die den Erwerb betreffenden tatsächlichen Verhältnisse verpflichtet. Die §§ 49—51 beschäftigen sich mit den eventuell festzusetzenden Strafen.

Nach § 55 des Gesetzes unterliegen auch Schenkungen unter Lebenden der gleichen Steuer, wie Ererbe von Todeswegen. Die letzteren betreffenden Bestimmungen des Reichserbschaftsteuergesetzes finden sinngemässe Anwendung.

Als ein Erwerb durch Schenkung gilt auch ein Erwerb, der in Folge der Vollziehung der einer Schenkung bedingten Auflage, beziehungsweise in Folge der Bewirkung einer Leistung erlangt wird. Das in einem Stiftungsgeschäft unter Lebenden von dem Stifter zugesicherte und auf die Stiftung übergegangene Vermögen wird ebenfalls wie eine Schenkung unter Lebenden behandelt.

Einige besondere Befreiungen von der Steuer für Schenkungen sind im 2. Absatz des § 56 enthalten.

G. Immobilienabgabe. Auszug aus dem Gesetz betreffend die Immobilienabgabe vom 1. März 1882.

Die Immobilienabgabe wird bei Eigentumsveränderungen von Grundstücken erhoben.

Als Eigentumsveränderung gilt in betreff der Abgabepflicht nicht nur jede Umschreibung im Grundbuche, sondern jeder Rechtsvorgang, durch welchen das Recht auf die Zuschreibung eines Grundstücks oder auf die Übertragung der dem bisherigen Eigentümer zustehenden Rechte an dem Grundstück erworben wird. Findet auf Grund eines solchen Rechtsvorganges eine demselben entsprechende Umschreibung im Grundbuche statt, so ist die Abgabe nur einmal zu bezahlen.

Das Gesetz findet Anwendung auf sämtliche im hamburgischen Staatsgebiete belegenen Grundstücke und Gebäude (auch die auf fremdem Grund errichteten) samt Zubehörungen, und zwar die im Bau begriffenen Gebäude, soweit der Bau zur Zeit des die Einrichtung der Abgabe bedingenden Rechtsvorganges vorgerückt ist.

Die Abgabe beträgt mit einigen wenigen Ausnahmen 2% der Kauf- oder Übernahmesumme und hat der Erwerber die eine, der Veräusserer die andere Hälfte zu entrichten.

Deputation für indirekte Steuern und Abgaben.

Stadthausbrücke 22.

Die Deputation besteht aus zwei Senatsmitgliedern, zwei von der Handelskammer alljährlich abzunehmenden und vier von der Bürgerschaft auf 4 Jahre erwählten Mitgliedern, von wech letzteren jährlich eines austritt.

Der Deputation unterstehen das Stempelkontor, das Deklarationsbureau und das Handelsstatistische Amt; ihr Geschäftskreis umfasst die Erhebung der hamburgischen Stempelabgaben und der Lustbarkontrollsteuer sowie der Reichsstempelabgaben, mit Ausnahme des Speisekartens und des Weckstempels, ferner Stempelabgaben, die Sammlung und Zusammenstellung des auf den Warenverkehr und die See- und Binnen-Schifffahrt bezüglichen Materials für die hamburgische und die Reichsstatistik, die Ausstellung von Attesten über Waren- und Schiffsbewegung und, im Zusammenwirken mit anderen Behörden, die Kontrolle über die Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und verboten unterliegenden Gegenstände, sowie die Durchführung der Zollsicherungsordnung für den Freihafen Hamburg.

Das Dienstgebäude der Deputation befindet sich Stadthausbrücke 22.

Das Stempelkontor liegt im Erdgeschoss und im II. Stock und ist geöffnet im Sommerhalbjahr von 9—14, im Winterhalbjahr von 9—5 Uhr. Das Deklarationsbureau und das Handelsstatistische Amt sind im Erdgeschoss, ersten, zweiten und dritten Stock belegen und werden wie oben offen gehalten, Sonntagsdienst findet bei der Behörde nicht statt.

Wegen Auskunft wende man sich in Stempelangelegenheiten nach Zimmer 2 (Registratur), in allen übrigen Angelegenheiten nach Zimmer 14.

Das Verzeichnis des Beamtenpersonals, siehe Abschn. I.

Statistisches Amt und Bureau der Zentralwahlkommission Röllingsmarkt 83.

Das Statistische Amt ist am 1. Oktober 1866 errichtet worden und zwar zu dem Zwecke, die allgemeine Landesstatistik zu bearbeiten und in erster Linie die durch das Einkommenssteuergesetz desselben Jahres vorgeschriebene jährliche Deklarationsbureau und das Handelsstatistische Amt sind im Erdgeschoss, ersten, zweiten und dritten Stock belegen und werden wie oben offen gehalten, Sonntagsdienst findet bei der Behörde nicht statt.

Wegen Auskunft wende man sich in Stempelangelegenheiten nach Zimmer 2 (Registratur), in allen übrigen Angelegenheiten nach Zimmer 14. Das Verzeichnis des Beamtenpersonals, siehe Abschn. I.

Neben diesen Zählungen wurde dem Statistischen Amt die Ausführung der meisten übrigen statistischen Erhebungen, die im Laufe der Jahre vom Reiche angeordnet wurden, überwiesen. Die Zusammenstellung des Schiffs- und Warenverkehrs, die seit dem Jahre 1842 vom Handelsstatistischen Bureau ausgeführt und alljährlich veröffentlicht wird, verliob auch fernerhin diesem Bureau. Von Anfang an für die Landesstatistik aufgestellten Nachweisungen, die dann auf Anordnung des Bundesrates auch dem Kaiserlichen Statistischen Amte einzusenden waren, betreffen in erster Linie die Bewegung der Bevölkerung: Eheschliessungen, Geburten und Sterbefälle, sowie die von Hamburg ausgehende übergeseits Auswanderung. Lediglich Landesverwaltungswecken dient die alljährliche Aufstellung eines Verzeichnisses derjenigen hamburgischen Staatsangehörigen, die das Bürgerrecht noch nicht besitzen, zu dessen Erwerb aber nach dem Gesetze verpflichtet sind; auf Grund dieses Verzeichnisses werden die betreffenden, etwa 1000 in jedem Jahre, alsdann von der Aufsichtsbehörde für die Standesämter bzw. dem Amtsverwalter in Ritzbüttel zur Erwerbung des Bürgerrechts vernannt. Über die Bürgerrechtsvererber jedes Jahres werden Nachweisungen über Alter, Beruf und Einkommen aufgestellt.

Eine wichtige und ziemlich umfangreiche Arbeit ist die alljährliche Bearbeitung der Einkommenverhältnisse und Steuererträge der Steuerzahler der einzelnen Stadtteile wie des Landgebietes, mit Unterscheidung der physischen und juristischen Personen. Ferner ist die alljährliche Statistik der Aktien-

Das Inhalts-Verzeichnis befindet sich hinter dem Titelblatt im ersten Band.